



HESSISCHER LANDTAG

03. 04. 2019

Plenum

Antrag

**Sabine Waschke (SPD), Karina Fissmann (SPD), Stephan Grüger (SPD),
Gerald Kummer (SPD) und Fraktion**

**Besteuerung von Großunternehmen, Steuertransparenz und
Finanztransaktionssteuer**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag unterstützt das Engagement der EU-Kommission gegen Steuervermeidung, Steuerverkürzung sowie Steuerverschiebung und setzt sich für eine größere Steuertransparenz und gerechtere Besteuerung von Großunternehmen ein.
2. Der Hessische Landtag kritisiert, dass Deutschland zwar bei einem Steuersatz von durchschnittlich 30 % liegt, Großunternehmen jedoch lediglich 20 % abführen. Er erwartet, dass das Missverhältnis durch eine Reduzierung von Subvention im Steuersystem behoben wird.
3. Der Hessische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, im Bundesrat den Vorschlag der EU-Kommission zur länderbezogenen Steuertransparenz großer Konzerne zu unterstützen.
4. Der Hessische Landtag begrüßt die Initiative von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Diese Steuer sollte möglichst europaweit mit einer breiten Erfassung aller Finanztransaktionen eingeführt werden. Wenn diese nicht gelingt, ist ein Beginn mit einer begrenzten Reichweite an Sachverhalten und Ländern akzeptabel. Eine Finanztransaktionssteuer, die Kleinanleger schont, nicht aber den Hochgeschwindigkeitshandel, könnte ein wichtiges Element sein, um die Europäische Union zu stärken. Die erzielbaren Einnahmen könnten ein Beitrag zum Euro-Zonen-Budget sein und sie könnten aber auch direkt dem EU-Haushalt als Ganzem zugutekommen. Sie könnten beispielsweise mit den Beiträgen für den EU-Haushalt verrechnet werden. Staaten, die sich beteiligen, müssten somit weniger in die Gemeinschaftskasse zahlen.

Begründung:

Wie kaum ein anderes Bundesland profitiert Hessen von einem starken Europa und einer funktionierenden europäischen Wirtschaft. Auf der anderen Seite profitieren die international agierende Konzerne von einem gesunden und stabilen Bundesland Hessen. Damit diese für alle Beteiligten gewinnbringende Situation auf einem soliden Fundament steht, bedarf es eines funktionierenden Steuersystems. Dieses erleidet in dem Augenblick Schaden, in dem Steuern nicht gezahlt werden.

Dieses Problem wird dadurch verschärft, dass multinationale Konzerne immer komplexere und intransparentere Steuermodelle entwickeln. Um eine gerechte Steuerpraxis zu erzielen, sollen diese Unternehmen in Zukunft verpflichtend offenlegen müssen, wo sie welche Gewinne machen und wie viele Steuern sie zahlen. Das würde Hessen die Möglichkeit eröffnen, Steuervermeidungen effektiv entgegenzuwirken.

Wiesbaden, 3. April 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
Thorsten Schäfer-Gümbel

**Sabine Waschke
Karina Fissmann
Stephan Grüger
Gerald Kummer**